

V2213 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) „Eins nach dem anderen bei teuren Ausschreibungen“

Abschreibung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

1. Ausgangslage

Der Gemeinderat hält nochmals fest, dass die geltenden Finanzkompetenzen zwischen Parlament und Gemeinderat klar sind. Im erwähnten Fall des Wettbewerbskredits Morillon wurde aufgrund der hohen Dringlichkeit das Wettbewerbsprogramm auf SIMAP publiziert, bevor das Parlament über den Wettbewerbskredit in seiner Kompetenz entscheiden konnte.

Die Dringlichkeit bestand darin, dass der notwendige Schulraum rasch möglichst zur Verfügung gestellt werden sollte. Wie das Parlament weiss, besteht in Morillon ein erhebliches Platzproblem in den Schulen. Unter dieser Voraussetzung ist der Gemeinderat davon ausgegangen, dass der Bedarf nicht in Frage gestellt wird und damit auch nicht das qualitätssichernde Wettbewerbsverfahren, welches qualifizierte Fachleute ausgearbeitet haben.

2. Kredite für Ausschreibungen – Kompetenz des Parlaments und Gemeinderat

Es ist nicht üblich, dass das Parlament bei operativen Themen wie dem Wettbewerbsprogramm oder bei Studienaufträgen inhaltlich mitwirkt. Diese Aufgabe erachtet der Gemeinderat als die Aufgabe der Exekutive.

Der Gemeinderat ist daher der Meinung, dass Punkt 1 und 2 gemäss Vorstoss nicht in ein Reglement gehören. Zielführender sind, verbesserte Kommunikationsprozesse zwischen Gemeinderat und Parlament. Die Kommunikation muss durch eine transparente Geschäftsplanung optimiert werden und nicht durch die Schaffung eines neuen Reglements.

3. Geschäftsplanung Gemeinderat

Wie bereits in der Motionsbeantwortung erwähnt, anerkennt der Gemeinderat das Informationsbedürfnis des Parlaments. In der Geschäftsplanung sollen sämtliche geplanten Geschäfte betreffend Reglemente (neue, Revisionen, Teilrevisionen) sowie Volksabstimmungen mit Angabe der Meilensteine aufgeführt werden. Weitere Geschäfte, inkl. Vorstösse werden in der Geschäftsplanung des Parlaments aufgezeigt. Die neu zu erstellende Geschäftsplanung soll 1-mal jährlich, jeweils zu Beginn des 2. Quartals, erstellt und dem Parlament zur Kenntnisnahme unterbreitet werden. Gemäss Votum des Erstunterzeichnenden soll die Geschäftsplanung nicht im Parlament traktandiert / diskutiert, sondern dem Parlament einfach zur Verfügung gestellt werden (z.B. per Mail). Dem Gemeinderat scheint dies eine sinnvolle Umsetzung, insbesondere auch da es sich um eine rollende Geschäftsplanung handelt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgeschrieben.

Köniz, 13. Januar 2025

Der Gemeinderat

koeniz / 921754

Beilagen

- 1) Original Motion V2213 "Eins nach dem anderen bei teuren Ausschreibungen"
- 2) Beschluss/ Stellungnahme GPK vom 25.11.2024
- 3) [PARB vom 13. Februar 2023: V2213 Motion \(EVP-GLP-Mitte-Fraktion\) „Eins nach dem anderen bei teuren Ausschreibungen“](#)

Dringlich keit nicht gewährt 22/13

Dringliche Motion EVP-GLP-Mitte-Fraktion

Eins nach dem anderen bei teuren Ausschreibungen

Antrag

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt:

1. Kredite für Ausschreibungen (z. B. Wettbewerbe, Studienaufträge), die in die Kompetenz des Parlaments fallen, werden dem Parlament vor der Publikation der Ausschreibung (inkl. allfällige Präqualifikation) zum Entscheid vorgelegt.
2. Der Grundsatz gemäss Punkt 1 wird in einem Reglement oder in der Gemeindeordnung festgehalten.
3. Kredite für Ausschreibungen (z. B. Wettbewerbe, Studienaufträge), die zwar nicht in die Kompetenz des Parlaments fallen, aber einen in die Kompetenz des Parlaments fallenden Kredit nach sich ziehen (z. B. Projektierungs- oder Ausführungskredit), werden dem Parlament vor der Publikation der Ausschreibung (inkl. allfällige Präqualifikation) zur Kenntnisnahme oder zum Entscheid vorgelegt.
4. Der Grundsatz gemäss Punkt 3 wird einem Reglement oder in der Gemeindeordnung festgehalten.
5. Regelmässig, mindestens einmal pro Jahr, publiziert der Gemeinderat eine Geschäftsplanung mit allen absehbaren Geschäften, deren Umsetzung eines oder mehrerer Parlamentsentscheide bedarf. Die Geschäftsplanung enthält u. a. pro Geschäft den aktuellen Zeitplan mit den Terminen der massgebenden Beschlüsse (z. B. Parlamentsbeschlüsse) und dem Umsetzungszeitraum.
6. Der Grundsatz gemäss Punkt 5 wird in einem Reglement festgehalten.
7. Bei der Umsetzung dieses Vorstosses wird die Geschäftsprüfungskommission und ggf. die Finanzkommission eng einbezogen.

Begründung

Ausschreibungen bzw. die Umsetzung des ausgeschriebenen Auftrags bedürfen je nach Betrag der Zustimmung durch den Gemeinderat und das Parlament. Wie aus dem Geschäftsreglement des Parlaments¹ hervorgeht, beschränken sich die Rechte des Parlaments nicht darauf, einem Kreditgeschäft des Gemeinderats zuzustimmen, sondern das Parlament kann das Geschäft auch mittels Anträgen ändern, mit Auflagen versehen oder zurückweisen. Diese Rechte ausüben zu können, gehört zum Kern der parlamentarischen Kompetenzen.

Die Ausübung dieser Rechte wird stark erschwert, wenn zum Zeitpunkt des Parlamentsentscheids wesentliche Vorentscheide getroffen wurden, die das Parlament nur unter Inkaufnahme hoher Kosten oder eines Ansehensverlusts für die Gemeinde aufheben kann. Im Zusammenhang mit Ausschreibungsverfahren stellt die Publikation der Ausschreibung einen solchen Vorentscheid dar: Möchte das Parlament eine Auflage oder Änderung beschliessen, die im Widerspruch zur Ausschreibung steht, muss die Ausschreibung zum Ärger der sich an der Ausschreibung beteiligenden Personen oder Organisationen aufgehoben werden, es können zusätzliche Kosten und eine zusätzliche Verzögerung (für die Abwicklung der alten und den Start einer neuen Ausschreibung anfallen). Je nach Zeitplan kann diese Verzögerung massive Folgekosten nach sich ziehen.

¹ Vgl. https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/18009/151.1_geschaeftsreglement_parlament.pdf?fp=6.

Aus diesen Gründen ist es, wenn man die Kompetenzen des Parlaments ernst nimmt, selbstverständlich, dass es seine Rechte ausüben kann, bevor die Ausschreibung erfolgt. Wie am Geschäft «Erweiterung Schulanlage Morillon», traktandiert am 2. Mai 2022, zu sehen war, spiegelt sich diese Selbstverständlichkeit nicht im Handeln des Gemeinderats: Der diesem Geschäft zugrundeliegende Projektwettbewerb wurde am 18. März 2022 auf Simap.ch unter der Projekt-ID 235301 publiziert. Damit hätten vom Parlament gewünschte Änderungen zum Inhalt des Projekts oder des Wettbewerbs einen Abbruch des Ausschreibungsverfahrens nach sich gezogen. Dies ist angesichts des grossen Projektvolumens von voraussichtlich über 30 Mio. CHF besonders stossend: Das Parlament wird aus dem Nichts mit einem Projekt konfrontiert, welches ganz am Anfang steht, und kann im Grunde schon keinen Einfluss mehr ausüben.

Vor dem geschilderten Hintergrund ist es der Zusammenarbeit zwischen Parlament und Gemeinderat dienlich, wenn das Parlament künftig frühzeitig über absehbare anstehende Geschäfte und die zugehörigen Zeitpläne orientiert wird. Diese Orientierung soll im Rahmen einer neu zu schaffenden öffentlichen Geschäftsplanung, ähnlich wie sie bspw. im Grossen Rat existiert,² erfolgen. Nicht zuletzt wird mit diesem Vorgehen frühzeitig ersichtlich, wie viel zeitlicher Spielraum dem Parlament für Auflagen oder Änderungen zur Verfügung steht und wie sich der Spielraum im Verlauf der Zeit, bspw. wegen Rückweisungen innerhalb des Gemeinderats, verändert.

Begründung der Dringlichkeit

Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, dass der eigentlich selbstverständliche Inhalt dieses Vorstosses nicht eingehalten wird. Es gilt, umgehend darauf zu reagieren, da dem Parlament heute relevanter Entscheidungsspielraum vorenthalten wird. Dies wiederum kann relevante Kostenfolgen für die Gemeinde haben.

Köniz, Mai 2022

Casimiro von Arx

R. A. —

Flamm

S. W.

Dirk Heuss

M. B.

Biedermann B.

T. E.

J. Rothmund

² Vgl. <https://www.gr.be.ch/de/start/geschaefte.html>.

Feller

G. L.

Ry. S. L. J. H.

O. L.

F. L.

J. L.

D. B.

T. L.

C. L.

P. L.

Z. L.

From: Fuchs Chantal
Sent: Dienstag, 26. November 2024 09:17
To: Rauch Cornelia
Subject: Geschäftsprüfungskommission 25.11.2024, Beschluss/Stellungnahme der GPK zur Umsetzung der Motion 2213

Liebe Cornelia

Gerne eröffne ich dir noch den gestrigen Beschluss/Stellungnahme der GPK zur Umsetzung der Motion 2213:

Umsetzung Motion 2213 "Eins nach dem anderen bei teuren Ausschreibungen"

Kenntnisnahme und Beschluss

1. Die Geschäftsprüfungskommission nimmt die Informationen zur Umsetzung der Motion zur Kenntnis.
2. Die GPK stellt fest, dass sie gemäss Ziffer 7 der Motion einbezogen worden ist und dankt dafür.
3. Die GPK verweist auf Art. 53 GRP "Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschlusses- oder Reglementsentwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen [...]". Demzufolge steht es dem Gemeinderat frei, dem Parlament eine geeignete Massnahme zu beantragen.
4. Die GPK stellt fest, dass auch ein frühzeitiger Einbezug der GPK, die Kreditkompetenzen nicht verschiebt.

(Abstimmungsergebnis Ziffern 1-4: einstimmig)

Eröffnung an:

- Gemeinderat
- Cornelia Rauch, Stv. Gemeindeschreiberin

Liebe Grüsse
Chantal

Chantal Fuchs
Leiterin Fachstelle Parlament

Gemeinde Köniz / Direktion Präsidiales und Finanzen
Fachstelle Parlament
Landorfstrasse 1 / 3098 Köniz

T +41 31 970 92 06 / +41 79 389 00 33
<http://www.koeniz.ch> / <mailto:chantal.fuchs@koeniz.ch>
<http://facebook.com/koeniz>

Anwesend: Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag



Parlamentssitzung Nr. 2 vom 13.02.2023

Protokollauszug

V2213 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) „Eins nach dem anderen bei teuren Ausschreibungen“

Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. Kredite für Ausschreibungen (z. B. Wettbewerbe, Studienaufträge), die in die Kompetenz des Parlaments fallen, werden dem Parlament vor der Publikation der Ausschreibung (inkl. allfällige Präqualifikation) zum Entscheid vorgelegt.
2. Der Grundsatz gemäss Punkt 1 wird in einem Reglement oder in der Gemeindeordnung festgehalten.
3. Kredite für Ausschreibungen (z. B. Wettbewerbe, Studienaufträge), die zwar nicht in die Kompetenz des Parlaments fallen, aber einen in die Kompetenz des Parlaments fallenden Kredit nach sich ziehen (z. B. Projektierungs- oder Ausführungskredit), werden dem Parlament vor der Publikation der Ausschreibung (inkl. allfällige Präqualifikation) zur Kenntnisnahme oder zum Entscheid vorgelegt.
4. Der Grundsatz gemäss Punkt 3 wird in einem Reglement oder in der Gemeindeordnung festgehalten.
5. Regelmässig, mindestens einmal pro Jahr, publiziert der Gemeinderat eine Geschäftsplanung mit allen absehbaren Geschäften, deren Umsetzung eines oder mehrerer Parlamentsentscheide bedarf. Die Geschäftsplanung enthält u. a. pro Geschäft den aktuellen Zeitplan mit den Terminen der massgebenden Beschlüsse (z. B. Parlamentsbeschlüsse) und dem Umsetzungszeitraum.
6. Der Grundsatz gemäss Punkt 5 wird in einem Reglement festgehalten.
7. Bei der Umsetzung dieses Vorstosses wird die Geschäftsprüfungskommission und ggf. die Finanzkommission eng einbezogen.

Begründung

Ausschreibungen bzw. die Umsetzung des ausgeschriebenen Auftrags bedürfen je nach Betrag der Zustimmung durch den Gemeinderat und das Parlament. Wie aus dem Geschäftsreglement des Parlaments¹ hervorgeht, beschränken sich die Rechte des Parlaments nicht darauf, einem

¹ Vgl.

https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/18009/151.1_geschaeftsreglement_parlament.pdf?fp=6.

Kreditgeschäft des Gemeinderats zuzustimmen, sondern das Parlament kann das Geschäft auch mittels Anträgen ändern, mit Auflagen versehen oder zurückweisen. Diese Rechte ausüben zu können, gehört zum Kern der parlamentarischen Kompetenzen.

Die Ausübung dieser Rechte wird stark erschwert, wenn zum Zeitpunkt des Parlamentsentscheids wesentliche Vorentscheide getroffen wurden, die das Parlament nur unter Inkaufnahme hoher Kosten oder eines Ansehensverlusts für die Gemeinde aufheben kann. Im Zusammenhang mit Ausschreibungsverfahren stellt die Publikation der Ausschreibung einen solchen Vorentscheid dar: Möchte das Parlament eine Auflage oder Änderung beschliessen, die im Widerspruch zur Ausschreibung steht, muss die Ausschreibung zum Ärger der sich an der Ausschreibung beteiligenden Personen oder Organisationen aufgehoben werden, es können zusätzliche Kosten und eine zusätzliche Verzögerung (für die Abwicklung der alten und den Start einer neuen Ausschreibung anfallen). Je nach Zeitplan kann diese Verzögerung massive Folgekosten nach sich ziehen.

Aus diesen Gründen ist es, wenn man die Kompetenzen des Parlaments ernst nimmt, selbstverständlich, dass es seine Rechte ausüben kann, bevor die Ausschreibung erfolgt. Wie am Geschäft «Erweiterung Schulanlage Morillon», traktandiert am 2. Mai 2022, zu sehen war, spiegelt sich diese Selbstverständlichkeit nicht im Handeln des Gemeinderats: Der diesem Geschäft zugrundeliegende Projektwettbewerb wurde am 18. März 2022 auf Simap.ch unter der Projekt-ID 235301 publiziert. Damit hätten vom Parlament gewünschte Änderungen zum Inhalt des Projekts oder des Wettbewerbs einen Abbruch des Ausschreibungsverfahrens nach sich gezogen. Dies ist angesichts des grossen Projektvolumens von voraussichtlich über 30 Mio. CHF besonders stossend: Das Parlament wird aus dem Nichts mit einem Projekt konfrontiert, welches ganz am Anfang steht, und kann im Grunde schon keinen Einfluss mehr ausüben.

Vor dem geschilderten Hintergrund ist es der Zusammenarbeit zwischen Parlament und Gemeinderat dienlich, wenn das Parlament künftig frühzeitig über absehbare anstehende Geschäfte und die zugehörigen Zeitpläne orientiert wird. Diese Orientierung soll im Rahmen einer neu zu schaffenden öffentlichen Geschäftsplanung, ähnlich wie sie bspw. im Grossen Rat existiert,² erfolgen. Nicht zuletzt wird mit diesem Vorgehen frühzeitig ersichtlich, wie viel zeitlicher Spielraum dem Parlament für Auflagen oder Änderungen zur Verfügung steht und wie sich der Spielraum im Verlauf der Zeit, bspw. wegen Rückweisungen innerhalb des Gemeinderats, verändert.

Eingereicht

02.05.2022

Unterschrieben von 21 Parlamentsmitgliedern

Casimir von Arx, Roland Akeret, Fabienne Marti, Sandra Röthlisberger, Andreas Hauser, Michael Gerber, Beat Biedermann, Toni Eder, Matthias Müller, Ronald Sonderegger, Dominic Amacher, Beat Haari, Heidi Eberhard, Tatjana Rothenbühler, Dominique Bühler, David Müller, Christina Aebischer, Simon Stocker, Daniel Hofer, Isabelle Feller, Christine Müller

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag.

² Vgl. <https://www.gr.be.ch/de/start/geschaefte.html>.

2. Ausgangslage

Mit der Motion V2213 (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Eins nach dem anderen bei teuren Ausschreibungen" wird die Kompetenzaufteilung zwischen Parlament und Gemeinderat in Genehmigungsprozessen in Frage gestellt. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass sich die bisherige Kompetenzaufteilung zwischen Verwaltung, Exekutive, Kommissionen und Parlament bewährt. Leider ist es nicht zu vermeiden, dass das Parlament erst in einer späteren Prozessphase einbezogen wird, nachdem bereits Vorentscheidungen vom Gemeinderat gefällt wurden. Im Sinne einer proaktiven und transparenten Kommunikation, ist die Abteilung Immobilien aktuell in einem Austausch mit der Geschäftsprüfungskommission. Als Folge davon, sollen bei strategischen Geschäften zwei Lesungen in der GPK durchgeführt werden. Anhand einer Liste sollen die strategischen Investitionsprojekte des Gemeinderates der GPK jährlich zur Kenntnis gebracht werden.

3. Kompetenzzuteilung Exekutive / Legislative

Der Gemeinderat erachtet die heutige Kompetenzregelung als sachgerecht. Aus Sicht des Gemeinderates macht es Sinn, dass die Federführung für Wettbewerbs- und Studienaufträge bei der Exekutive liegt. Selbstverständlich gelten die Finanzkompetenzen. Es liegt in der Natur der Sache, dass das Parlament erst auf Stufe Projektierungs- und Ausführungskredit Entscheidungskompetenzen hat.

4. Geschäftsplanung und Information der GPK

Der Gemeinderat anerkennt das Informationsbedürfnis des Parlaments und der zuständigen Kommission. Bereits im 2022 wurde diesbezüglich ein Dialog mit der GPK und der Verwaltung gestartet. Dabei wurde das Projekt Morillon in einem Informationstraktandum sowie zwei Lesungen in der GPK behandelt. Auch in Zukunft will der Gemeinderat der GPK eine jährliche Übersicht über die strategischen Geschäfte geben, die in die Kompetenz des Parlaments fallen. Im Bereich Bildungsbauten hat das Parlament via Bildungskommission, die die Bildungsstrategie verabschiedet, Einfluss auf strategische Vorentscheide (z.B. Schulsystem, Schulstandorte, etc.).

5. Hoch- und Tiefbaukommission

Möchte das Parlament im Vergleich zum Status Quo erweiterte Kompetenzen im Bereich Ausschreibungen oder frühzeitige Einbindung in Wettbewerbsverfahren, wäre die Schaffung einer Hoch- und Tiefbaukommission wohl unumgänglich. Der Gemeinderat erachtet eine solche Kommission als unnötig und bevorzugt einen intensivierten Austausch mit der GPK. Wie oben geschildert, ist dieser Prozess bereits im Gange.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgelehnt.

Köniz, 11.01.2023
Der Gemeinderat

Beilagen

1) Formelle Prüfung der Motion vom 3. Mai 2022

Diskussion:

Erstunterzeichner Casimir von Arx, GLP: Die Gewaltenteilung ist bekanntlich ein Grundpfeiler unseres Staatswesens. Konkretisiert wird die Gewaltenteilung dadurch, dass man festlegt, welche Gewalt welche Kompetenzen hat. In Köniz zum Beispiel, ist das Parlament zuständig für die Genehmigung von einmaligen Ausgaben über CHF 200'000 bis CHF 2 Mio. Die Kompetenz des Parlaments beschränkt sich nicht nur darauf, ein Kreditgeschäft zu genehmigen oder abzulehnen, sondern das Parlament hat auch die Rechte, das Geschäft in diesem Preissegment mittels Anträge zu ändern, es kann Auflagen machen oder das Geschäft zurückweisen. Ebenso, wie die Gewaltenteilung ein Grundpfeiler unseres Staatswesens ist, gehört es zum Kern der parlamentarischen Kompetenzen, die erwähnten Rechte ausüben zu können. Im Umkehrschluss ist die Missachtung dieser Rechte staatspolitisch hochproblematisch.

Diejenigen, die letztes Jahr am 2. Mai schon dem Parlament angehörten, erinnern sich, aus welchem Anlass diese Motion entstanden ist. Damals legte der Gemeinderat dem Parlament einen Wettbewerbskredit über CHF 370'000 vor. Allerdings hatte der Gemeinderat den Wettbewerb schon am 18. März 2022 publiziert. Theoretisch schränkte das die Rechte des Parlaments nicht ein. Hätte das Parlament aber Änderungen gewünscht, die eine Neuausschreibung des Wettbewerbs bedingt hätten oder hätte das Parlament den Kredit verweigert, so hätte der bereits laufende Wettbewerb abgebrochen werden müssen. Das hätte einen Ansehensverlust für die Gemeinde nach sich gezogen, es hätte hohe Kosten und eine zeitliche Verzögerung aufgrund der Neuausschreibung verursacht. Die Gemeinde hätte jene Büros, die sich am Wettbewerb beteiligten und bereits Arbeitsstunden investiert hatten, vor den Kopf gestossen und verärgert. Man stelle sich vor, 20 Büros hätten schon je drei Tage Arbeit investiert. Da vernichtet man schnell CHF 100'000 bis CHF 200'000, wenn man den Wettbewerb abbricht. All das hätte das Parlament in Kauf nehmen müssen, um seine Rechte auszuüben. Darum kann man sagen, der Gemeinderat hat dem Parlament offensichtlich die Ausübung seiner Rechte erschwert. Und das nur, weil die Reihenfolge zwischen Ausschreibung und Wettbewerb nicht stimmte.

Das war etwa so, wie wenn der Gemeinderat heute in Traktandum 6 den Kredit für die hinderisfreie Umgestaltung der Bushaltestellen beantragt hätte, die Ausführungsarbeiten aber schon vor zwei Monaten begonnen hätten. Es ist für jedermann und jedefrau ersichtlich, dass das so nicht geht. Und so ist es nicht nur bei Bauarbeiten, sondern auch bei Wettbewerben. Anders, als es der Gemeinderat in Kapitel 3 seiner Antwort schreibt, verfügt das Parlament sehr wohl schon bei Wettbewerben über Entscheidkompetenzen, die über die reine Finanzkompetenz hinausgehen, nämlich genau dann, wenn der Wettbewerb über CHF 200'000 kostet. Abgesehen davon wird auch die Finanzkompetenz des Parlaments nicht respektiert, wenn man schon beginnt, das Geld auszugeben, bevor man das Okay hat.

Zusammenfassend hat der Gemeinderat mit seinem Vorgehen die Rechte des Parlaments missachtet. Im Fussball würde man von einem Foul sprechen. Offenbar sind die Spielregeln nicht klar. Denn wenn man die Antwort des Gemeinderats liest, bekommt man den Eindruck, der Gemeinderat sehe kein Problem darin, wie es letztes Jahr bei diesem Wettbewerbsgeschäft gelaufen ist. Sonst hätte er das in der Antwort kundtun können. Er bekam ja auch noch eine Fristverlängerung für diese Antwort und genügend Zeit gehabt, sich dies zu überlegen. Auch das ist wie im Fussball: Wenn ein Foul geahndet wird, ist das Unverständnis des Foulenden sicher. Offenbar muss nun also das Parlament das Selbstverständliche klarstellen und damit komme ich zur Motion. Bevor ich zu den einzelnen Ziffern komme, noch eine Bemerkung:

Bei dieser Motion geht es uns darum, dass das Parlament seinen Handlungsspielraum schützen muss. Aus dieser Perspektive ist es unerheblich, welche Gründe auf Seiten des Gemeinderats dazu geführt haben, dass das Parlament nicht zur gebotenen Zeit abgeholt wurde oder warum welche Verzögerung herbeigeführt wurde. Diese Motion beinhaltet auch einen Vorwurf. Aber der Vorwurf richtet sich allgemein an den Gemeinderat und nicht an jemand Bestimmtes.

Nun zu den Ziffern der Motion:

- Ziffer 1 verlangt, dass Kredite für Ausschreibungen, sei es für Wettbewerbe, Studienaufträge oder sonst etwas, vor der Publikation ins Parlament kommen, wenn sie in die Kompetenz des Parlaments fallen. Mit anderen Worten: eins nach dem anderen.
- Ziffer 2 verlangt, dass diese Spielregel dort, wo sie hingehört, schriftlich festgehalten wird, nämlich in einem Reglement. Damit ist auch die rechtliche Seite klipp und klar. Auch das ist nötig, denn ich nehme an, der Gemeinderat hat aus seiner Sicht letztes Jahr nicht rechtswidrig gehandelt.
- Die Ziffern 1 und 2 greifen wohlverstanden nicht in die bestehende Kompetenzordnung ein. Nein, vielmehr setzen sie sie durch.

- Anders sieht es bei den Ziffern 3 und 4 aus. Diese beiden Ziffern zeigen auf, was wünschenswert wäre, damit das Parlament seinen Spielraum auch ausschöpfen kann, wenn es um in seine Kompetenz fallende Planungs- und Ausführungskredite geht, denen ein heute in die Kompetenz des Gemeinderats fallender Wettbewerbskredit vorausgegangen ist. Der Wettbewerb liegt nämlich in einer früheren Phase, als Projektierung und Ausschreibung und je früher die Phase, desto grösser ist der Handlungsspielraum. Wenn dem Parlament später eine Ausführung oder eine Projektierung vorgelegt wird, warum soll es dann nicht schon beim Wettbewerb abgeholt werden, wo Handlungsspielraum noch am grössten ist? Es hatte einmal in einer Vorstossantwort ein Bild, da seht ihr von links nach rechts den Handlungsspielraum, das ist hier das grüne, das immer kleiner wird, je weiter man fortgeschritten ist.

Dies einfach als Denkanstoss. Einen Wettbewerb in der Kompetenz des Gemeinderats, der später auf ein Parlamentsgeschäft hinausläuft, könnte der Gemeinderat übrigens auch heute freiwillig dem Parlament zur Kenntnis bringen und dabei Planungserklärungen abholen – das Instrument Planungserklärung steht uns ja schon bald zur Verfügung.

Wir wollen es aber beim Denkanstoss belassen und nicht in die Kompetenzordnung eingreifen. Zumal das eine Änderung der Gemeindeordnung und damit eine Volksabstimmung nach sich ziehen würde. Zudem dürften Kredite für SIA-Wettbewerbe angesichts der Kosten und Preisgelder in der Regel ohnehin in die Kompetenz des Parlaments fallen. Darum ziehe ich die Ziffern 3 und 4 zurück.

Man könnte noch einiges über die Kompetenzen von Parlament und Gemeinderat sagen. Zum Beispiel, dass das Parlament – anders als es der Gemeinderat in Kapitel 4 seiner Antwort schreibt – nicht "via Bildungskommission" auf Geschäfte Einfluss nehmen kann. Das Parlament kann der Bildungskommission keine Einzelaufträge erteilen. Um auf die Bildungskommission einzuwirken, muss es das Bildungsreglement ändern. Das ist weder praktikabel noch stufengerecht, wenn es um Vorentscheide für ein bestimmtes Bauprojekt geht.

Statt aber die Kompetenzdiskussion weiterzuführen, möchte ich die Verbesserung des Zusammenspiels von Gemeinderat und Parlament noch allgemeiner betrachten. Damit komme ich zu den Ziffern 5 und 6: Es tut der Zusammenarbeit generell gut, wenn das Parlament frühzeitig weiss, welche Geschäfte in Vorbereitung sind und in absehbarer Zeit ins Parlament kommen. Die heutige Situation ist für das Parlament nicht sehr transparent. Oft erfahren wir das erste Mal von einem Geschäft, wenn es auf der Traktandenliste des Parlaments steht. Das manchmal sogar bei Volksvorlagen. Für den Gemeinderat ist das anders: Hinter jedem Geschäft, das ins Parlament kommt, steht ein Projekt und damit auch ein Zeitplan. Der Gemeinderat kennt diesen. Das Parlament nicht. Das Instrument, um hier Abhilfe zu schaffen und die Informationsasymmetrie mit einfachen Mitteln zu verringern, ist eine Geschäftsplanung. Als Beispiel ist in der Motion der Link zur Geschäftsplanung des Grossen Rats enthalten. Sie wird viermal jährlich aktualisiert. Bei uns muss es nicht ganz so oft sein.

Dank einer Geschäftsplanung können sich beispielsweise thematisch affine Parlamentsmitglieder frühzeitig Informationen zum Geschäft beschaffen und Inputs an die zuständigen Gremien geben. Man sieht, welche Geschäfte schneller laufen, welche sich verzögern. Und auch den Parteien hilft sie, beim Erstellen des Budgets, wo man wissen sollte, ob es im Folgejahr eine relevante Volksabstimmung gibt.

Die Geschäftsplanung hindert den Gemeinderat übrigens nicht daran, über strategische Projekte mit der GPK zu sprechen, so wie dies in der Antwort erwähnt ist. Umgekehrt ersetzen diese Gespräche die Geschäftsplanung nicht. Ich kann mir auch gut vorstellen, dass so eine Geschäftsplanung, falls der Gemeinderat sie noch nicht hat, auch für ihn selbst nützlich ist.

Die Geschäftsplanung wird nicht im Parlament traktandiert und diskutiert, sondern dem Parlament einfach zur Verfügung gestellt. Es reicht, wenn das Parlament per E-Mail oder in den Mitteilungen auf das Erscheinen einer aktualisierten Version der Geschäftsplanung hingewiesen wird. Denkbar wäre auch, die Liste mit den Vorstossbeantwortungen und -erfüllungen und die Geschäftsplanung zusammen zu führen.

Zu Ziffer 7 habe ich nicht viel zu sagen: Ich gehe davon aus, dass sie nicht bestritten ist, wenn eine der vorgängigen Ziffern überwiesen wird.

Ich komme zum Schluss: Diese Motion entstand aus einer schwierigen Situation. Ihr Sinn liegt aber darin, weitere solche Situationen zu vermeiden und auch die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Parlament zu verbessern. Ich bitte euch, die verbleibenden Ziffern 1, 2, 5, 6 und 7 zu unterstützen. Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion wird es genau so machen

Fraktionssprecher/in SP/JUSO Arlette Münger, SP Frauen: Geschätzte Parlamentspräsidentin, geschätzter Gemeinderat, geschätzte Expertinnen und Experten. Das stimmt natürlich so nicht ganz, es heisst natürlich: ... geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Das ist jetzt sozusagen die Kurzversion meines Votums. Aber keine Angst, für all jene, welche es verpasst haben, führe ich das natürlich noch etwas genauer aus.

Der Vorstoss der EVP-GLP-Mitte-Fraktion will erreichen, dass bereits Kredite für die Ausschreibungen in die Kompetenz des Parlaments fallen. Das bedeutet, der Vorstoss will erreichen, dass das Parlament bei Ausschreibungen früher mitreden kann. Oder etwas weniger schön formuliert: Dass das Parlament den Menschen in der Verwaltung, welche an einem Projekt arbeiten, früher reinreden kann. Und da sind wir wieder bei den Expertinnen und Experten. Wer in der Verwaltung arbeitet, hat je nach Gebiet ein entsprechendes Fachwissen, welches diese Personen täglich einsetzen. Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben durchaus auch ein Fachwissen, aber dies nützt uns beim Studium der Geschäfte nur dann, wenn dieses Geschäft unser Fachwissen betrifft. Jemand weiss viel über das Kleingewerbe, jemand über die Abläufe in der Verwaltung, jemand über die Landwirtschaft. Dieses Wissen bringen wir in die Fraktionen ein. Dort wird je nach politischer Färbung diskutiert und abgewogen. Daraus entsteht dann eine Fraktionsmeinung und mit dieser gehen wir an die Parlamentssitzung.

Da die Geschäfte oft sehr komplex sind und es Fachwissen erfordert, gibt es die GPK. Diese Mitglieder befassen sich vertieft mit den Geschäften und bringen ihr Wissen, welches sie erworben haben, in die Fraktionssitzungen ein. Eben genau dieses Wissen, welches uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier fehlt und auch fehlen darf. Die SP/JUSO-Fraktion findet dieses Vorgehen gut, da das Parlament das Abbild der Bevölkerung sein soll. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sollen nicht alles Studierte sein müssen, schon gar nicht Ingenieurinnen und Ingenieure und Architektinnen und Architekten. Es muss Platz für aller Gattung Leute haben hier drin. Wir erleben es ja alle, schon jetzt verbringen wir sehr viele Stunden damit, uns gut auf die Parlamentssitzungen vorzubereiten. Bei den meisten geschieht dies in ihrer Freizeit, weil ihre Arbeitszeit, dafür nicht genutzt werden kann. Diese Motion hätte aber zur Folge, dass wir uns sehr intensiv mit Sachen auseinandersetzen müssten, welche ein grosses Fachwissen verlangen. Die SP/JUSO-Fraktion findet, dies geht zu weit.

Zudem findet die SP/JUSO-Fraktion auch, dass der Vorstoss ein Misstrauensvotum gegenüber der Verwaltung zum Ausdruck bringt. Verfügen wir hier wirklich über ein besseres Fachwissen als jene Menschen, mit einer entsprechenden Ausbildung? Ist dies nicht etwas vermessen? Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass man der Verwaltung nicht während der Arbeit auf die Finger klopfen soll. Auf die Finger zu klopfen und zu kontrollieren, das scheint ein Anliegen der EVP-GLP-Mitte-Fraktion zu sein. Wie wir alle wissen, ist dies nicht der erste Vorstoss, welcher in diese Richtung zielt. Dabei fällt auch immer wieder der Vergleich mit dem Grossrat. Wir sind hier aber nicht im Grossrat, liebe EVP-GLP-Mitte-Fraktion, wir sind ein Parlament, welches einmal im Monat einen Abend lang tagt. Entsprechend muss sich doch auch die Vorbereitung auf die Sitzung in einem vernünftigen Rahmen halten. Wir nehmen unser Amt alle ernst. Es ist jetzt schon viel. Blähen wir es nicht noch mit etwas auf, was unnötig ist.

Die SP/JUSO-Fraktion lehnt darum diese Motion ab.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne Lukas Erni, Grüne: Wenn das Parlament dem Gemeinderat am 2. Mai 2022 eine Motion überweist, welche von 21 von damals 32 anwesenden Mitgliedern unterzeichnet wird, dann gibt es offensichtlichen Handlungsbedarf. Die Antwort des Gemeinderates auf das Geschäft ist kurz und knackig und man könnte es auch folgendermassen zusammenfassen: So wie es heute ist, hat es sich bewährt und so soll es auch bleiben. Es gibt aus seiner Sicht keinen Handlungsbedarf.

Beim Projekt Morillon hat sich aber gezeigt, dass die heutige Praxis zumindest ungenügend ist. Wann genau der Gemeinderat das Parlament über seine Projekte informiert, scheint in den Reglementen nicht geregelt zu sein. Wenn Änderungen und Anträgen des Parlaments nicht mehr oder nur noch mit der Konsequenz von sehr hohen Kosten miteinfließen können, dann ist dies sehr unbefriedigend. Das Parlament möchte aber in strategischen und gesellschaftlichen relevanten Vorhaben stärker einbezogen werden und gegebenenfalls auch mitreden können. Und das nicht erst, wenn der Kuchen bereits aus dem Ofen kommt. Ich denke der Gemeinderat ist gut beraten, dieses Anliegen aufzunehmen und bei künftigen Projekten zu berücksichtigen. Vielleicht gäbe es ja auch die Möglichkeit, dies in einen IAFP zu integrieren.

Wir von den Jungen Grünen/Grünen-Fraktion werden diese Motion darum unterstützen.

Fraktionssprecher SVP Florian Moser: Danke der Direktion DSL für die Stellungnahme zu dieser Motion. "Eins nach dem anderen bei teuren Ausschreibungen" ist grundsätzlich eine gute und notwendige Motion bei der die SVP-Fraktion bei den meisten Forderungen dahinterstehen kann. Erst recht, nachdem die Punkte 3 und 4 zurückgezogen wurden, können wir sicherlich stark dahinterstehen. Es stärkt die Könizer Legislative.

Wenn man an das Vorgehen der Ausschreibung beim Projekt "Erweiterung der Schulanlage Morillon" denkt, verkommt diese Motion als äusserst wichtig. Man kann sagen, dort war die parlamentarische Einflussnahme ein klassischer Leerlauf.

Hätte dort das Parlament Auflagen oder Änderungen durchgebracht oder gewünscht, wäre es in einer zu späten Phase gewesen und wir hätten grossen Imageschaden, Misstrauen und andere Aufwände davongetragen. Geschweige denn die Mehrkosten und die Unzufriedenheit der involvierten Parteien. Solche Fälle wollen wir sicherlich nicht mehr.

Wir haben uns mit der Beantwortung des Gemeinderates etwas schwergetan. Diese ist etwas knapp ausgefallen und richtet sich nur an die Überschneidung der Kompetenzregelung. Was wir nicht so problematisch sehen.

Leider geht der Gemeinderat nicht auf die einzelnen Punkte der Motion ein. Vielleicht wird er dies heute noch machen. Mich würde schon noch interessieren, weshalb der Gemeinderat diese Motion ablehnen möchte. Ich sehe beim Vorstoss keinen Eingriff in die Kompetenzregelung. Dennoch ist die SVP-Fraktion froh, zeigt sich der Gemeinderat einsichtig und anerkennt das Informationsbedürfnis des Parlaments. Ob für diesen Informationstransfer extra eine neue Hoch- und Tiefbaukommission ins Leben gerufen werden soll, so wie es der Gemeinderat beschreibt, das bezweifeln wir. Das müsste entgegen dem Gemeinderat umgänglich sein. Das kann den bestehenden parlamentarischen Kommissionen also gut noch zugetraut werden.

Zu den einzelnen Punkten haben wir die folgende Haltung:

1. Kredite für Ausschreibungen: Zustimmend – Aus unserer Sicht ist klar, dass dies so gemacht werden sollte.
2. Nur Zustimmung auf Stufe Reglement, nicht aber auf Stufe Gemeindeordnung.
3. Dieser Punkt wurde zurückgezogen
4. Dieser Punkt wurde zurückgezogen
5. Geschäftsplanung: Zustimmend. Dies würde die Zusammenarbeit stärken, Transparenz schaffen und Fixtermine regeln.
6. Festhaltung Reglement: Zustimmend
7. Einbezug GPK/FIKO: Zustimmend

Fraktionssprecher FDP Dominic Amacher: Vieles wurde bereits gesagt. Wir möchten dies unterstützen, was Casimir von Arx als Erstunterzeichner gesagt hat. Aber auch Florian Moser, da waren Punkte enthalten, welche wir auch unterstützen, darum verzichte ich darauf, dies zu wiederholen.

Die FDP-Fraktion wird den ersten zwei Punkten zustimmen, da wir der Meinung sind, hier findet keine Veränderung der Kompetenzzuständigkeit statt. Wir stehen klar zur Gewaltentrennung und darum hätten wir auch Punkt 3 und 4 abgelehnt. Warum stimmen wir hier zu? Wir wollen in Zukunft nicht mehr vor vollendete Tatsachen gestellt werden, wir wollen keine Eindämmung mehr von unseren Kompetenzen und wir wollen auch keinen Zeitdruck mehr. Denn unter Zeitdruck kommt das Parlament eher in Versuchung, an diesem Geschäft rumzuschrauben und zu verschlimmbessern und reinzureden und genau dann ist dies eben kritisch. Dadurch werden auch die Sitzungsvorbereitungen ziemlich aufwändig, gerade für die Fraktionspräsidien, da hier immer hin- und her telefoniert werden muss, bis zum geht nicht mehr. Und darauf habe ich auch keine Lust. Wir machen es gerne, aber es kann auch weniger sein. Und es sollte auch im Interesse des Gemeinderates liegen, dass sie mit solchen Geschäften frühzeitig ins Parlament kommen, denn es geht ja um die Finanzkompetenz.

Punkt 2 unterstützen wir, sofern nur das Reglement nur betroffen ist, aber sicherlich keine Abstimmung, das wäre etwas übertrieben.

Den Punkten 5 und 6 stimmen wir auch zu und da gibt es auch keine plausiblen Gründe, dagegen zu sein. Ich nehme an, auch beim Gemeinderat nicht.

Und bei Punkt 7 finden wir, dass dies sicherlich gut ist. Die bestehenden Kommissionen sollen involviert werden, doch man muss auch schauen, dass hier keine Überlastung stattfindet, sowohl der Kommissionen aber auch des Parlamentsbüros. In diesem Sinne werden wir der Motion zustimmen.

Casimir von Arx, GLP: Vielen Dank für die mehrheitlich gute Aufnahme dieses Vorstosses. Ich bin wegen zwei Sachen nach vorne gekommen, das eine, das Dominic gerade gesagt hat, zu diesem Punkt 7, dieser bezieht sich vor allem auf die Umsetzung dieses Vorstosses, also auf diese Reglementsänderung und wie man diese Geschäftsplanung macht und dass dort die Kommissionen abgeholt werden sollen. Wenn dies dann mal steht, dann ändert sich ja eigentlich nichts. Diesen Morillon-Kredit hatte die GPK ja auch bereits so vorbereitet, einfach erst nachdem er ausgeschrieben worden war.

Dann noch kurz eine Richtigstellung: Dieser Vorstoss beinhaltet sicherlich eine gewisse Kritik am Gemeinderat, das habe ich in meinem Votum so gesagt. Aber wo man hier drin das Misstrauen gegenüber der Verwaltung findet, das ist mir ehrlich gesagt schleierhaft. Und dann auch noch diese Brücke zur Tertiarisierung der Gesellschaft, dass wenn man nicht studiert hat, man nicht mehr im Parlament sein kann – ich habe mich da beim Votum der SP gefragt, ob wir eigentlich vom selben Vorstoss reden bzw. ob der Vorstoss von der SP überhaupt gelesen worden ist.

Gemeinderat Thomas Brönnimann: Ich gehe das Ganze entspannt an, da ja die Mehrheitsmeinungen gemacht sind und die zwei Punkte, welche den Gemeinderat alarmiert haben, nämlich die Ziffern 3 und 4, wurden ja zurückgezogen. So gesehen könnte ich jetzt also auch bereits aufhören und sagen, das könnt ihr überweisen und dann machen wir mehr oder weniger daselbe wie bisher. Da hat es Lukas Erni sehr gut gelesen, so wie es ist, bewährt es sich aus Sicht des Gemeinderates.

Ich gebe zu und nehme die Kritik sogar persönlich auf meine Kappe: Der Gemeinderat hat diesen doch recht detaillierten Vorstoss doch recht summarisch beantwortet. Ich fand es beinahe noch ein nettes Lob, dass man dies als "kurz und knackig" bezeichnet. Wir haben dies einfach knapp beantwortet, denn Punkt 3 und 4 wollten wir wirklich nicht.

Ob es hier nun aber um eine Grundsatzfrage der Kernkompetenzen in der Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive geht, da kann man durchaus noch einige Worte darüber verlieren. Nach meinem Empfinden ist dieser Vorstoss auch aus einer gewissen Emotionalität hinaus entstanden, damals im Zusammenhang mit diesem Morillon-Geschäft. Und da muss ich jetzt trotzdem noch einige Sätze dazu sagen, schon nur für all die neuen ParlamentarierInnen, denn diese kennen ja dieses Geschäft gar nicht, ansonsten bekommen diese einen schlechten Eindruck von mir, vom Gemeinderat und dann auch noch von meinen Fachleuten. Es hatte ja einen ganz speziellen Grund, warum wir damals in diesem Einzelfall diesen Wettbewerb ausgeschrieben haben. Und da bin ich immer noch der Meinung, dieser Grund war stichhaltig.

Da hat mich mein Fraktionspräsident schon noch herausgefordert: Wenn mir jemand mit Fussballmetaphern kommen will, mit "Foul" und so, dann muss ich ihm beinahe schon die gelbe Karte zeigen, denn dies ist eine Schwalbe und kein Foul - eindeutig. Und ich bleibe im Fussballjargon: Mein Team hat einen hohen Spielrhythmus angeschlagen und wisst ihr warum? Weil das Spiel schon mal zu spät angepfiffen worden ist und wir haben bereits mit einem Eigengoal begonnen, wir waren nämlich zu spät. Ich nehme dies jetzt so pauschal auf uns, will hier aber auch zu Händen des Protokolls sagen, wer nicht zu spät war, war die Abteilung Immobilien und lieber Hans-Peter, bitte sage es Markus Willi weiter, wer auch nicht zu spät war, war die BSS. Diese standen rechtzeitig auf dem Feld, aber danach wurde das Spiel nicht angepfiffen. Wir haben also mit Verspätung begonnen und dann den Rhythmus erhöht, damit man zumindest ausgleichen konnte. Hätte man nämlich diesen Wettbewerb nicht frühzeitig ausgeschrieben, dann hätten wir uns auf der Zeitachse schon jede Chance vergeben, auf den Zeitpunkt, auf welchen die Bestellung der BSS gemacht worden ist, mit irgend einer Chance dies noch realisieren zu können.

Es sieht im Übrigen – und das ist jetzt ein bisschen Halbzeitgeplauder – auch sonst schlecht aus. Denn die Beschwerden der Anwohner, die kommen zwar erst, aber sie wurden uns bereits in Aussicht gestellt. Wir sind jetzt also bereits wieder 2:1 im Rückstand. Sehr wahrscheinlich werden wir nicht darum herumkommen – wir bleiben beim Fussball – provisorische Tribünen und provisorische Garderoben aufzustellen, damit dann die Mannschaften von dieser Schule, sprich die Klassen, dann auch alle irgendwo unterkommen können. Das war der Grund.

Vielleicht haben wir wirklich ein grundsätzliches Kompetenz-Problem – das vielleicht noch als Denkanstoss. Und das Problem könnte in der Finanzkompetenz des Gemeinderates liegen. Es liegt in der Natur der Sache, dass man bei der CHF 200'000 Kompetenzgrenze, bei Bauprojekten immer sofort im Parlament landet. Und da könnte man darüber diskutieren, ob dies schlau

ist, dass wir mit euch, dem Parlament immer die Grundvoraussetzungen von Wettbewerbsverfahren diskutieren.

Ich finde - und da hätte jemand von der GPK noch etwas sagen können - zur Ehrerrettung des Gemeinderates und auch der GPK, dass gerade in diesem Fallbeispiel des Morillon, wir ja die neue Praxis durchgespielt hatten, welche meine neuen Abteilungsleiter und ich prägen wollten, mit mehrmaligen Lesungen. Ich sehe immerhin Adrian Burren, GPK, welcher nickt. Von daher hätte man auch sagen können, das Morillon war ein gelungenes neues Paradebeispiel.

Nur so nebenbei: Im Verlauf dieses Spiels, welches dann ja weitergegangen ist - ich konnte dann ja leider nicht auf der Tribüne präsent sein - habe ich mitbekommen, dass ihr diesem Geschäft Morillon einstimmig bei, so glaube ich, einer Enthaltung, zugestimmt habt. Also kann es nicht so schlecht gelaufen sein, dass man jetzt daraus eine Grundsatzdiskussion der Kompetenzen macht. Und vielleicht nehmen wir einfach mit, dass wir in Zukunft die Finanzkompetenzhöhe mal durchdenken sollten und dass man nicht mit jedem Geschäft ab CHF 200'000 bereits hier ist, sondern, dass wir dies vielleicht auch im Gemeinderat machen könnten.

Noch ein Wort zur Geschäftsplanung: Das haben wir echt nicht so verstanden, wie es der Motionär nun zum Glück klargestellt hat. Es ist uns klar geworden, er will einfach die Geschäftsplanung, aber nicht eine, welche hier im Parlament diskutiert wird. Aus meiner Sicht ist faktisch ja der IAFP – zumindest was Bauprojekte anbetrifft – diese Geschäftsplanung und diesen bringen wir euch hier jedes Jahr zur Kenntnis. Ob es jetzt etwas braucht, wie im Grossen Rat, welches semesterweise, quartalsweise aktualisiert wird, das ist eine Frage, welche man aufwerfen kann und wenn diese Motion in diesem Punkt überwiesen wird, dann können wir euch dann ja auch unsere Ideen zu diesem Thema schildern. Das ist also sicherlich nicht der Punkt, warum der Gemeinderat die Ablehnung der Motion empfohlen hat, denn das waren die Punkte 3 und 4. In diesem Sinne danke ich für die Diskussion.

Beschluss:

Die Motion wird ohne Ziffer 3 und 4 erheblich erklärt.
(Abstimmungsergebnis: Mehrheit offensichtlich)

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament